



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Diplomatische Aktenstücke zur Geschichte der Entente politik der Vorkriegsjahre

Siebert, Benno von

Berlin [u.a.], 1925

Die Frage einer bulgarischen Anleihe.

[urn:nbn:de:hbz:466:1-73546](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-73546)

im Einklange mit den serbischen Plänen in Montenegro zu lösen, bat mich Pasitch, Ihnen seine aufrichtigste Dankbarkeit für unser beständiges Interesse für Serbien auszudrücken. Er bittet mich, Sie zu versichern, daß in dem in Aussicht genommenen serbisch-montenegrinischen Übereinkommen die russischen Wünsche hinsichtlich der militärischen Fragen berücksichtigt werden sollen.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Gesandten in Belgrad vom 24. Juni/7. Juli 1914. — Nr. 1351.

Vertraulich. Die letzten Ereignisse in Serajewo, die zu einer Verschärfung der antiserbischen Stimmung in Wien geführt haben, veranlassen uns, der serbischen Regierung zu raten, alle Fragen, die diese Stimmung noch verschärfen und eine gefährliche Lage hervorrufen können, mit der größten Vorsicht zu behandeln. Infolgedessen sind wir der Ansicht, daß es ratsam wäre, die Verhandlungen über die serbisch-montenegrinische Annäherung etwas hinauszuschieben, denn diese Verhandlungen haben bereits die Aufmerksamkeit Osterreich-Ungarns und selbst Deutschlands auf sich gezogen. Ich bitte Sie, diese Ansicht Pasitch vertraulich mitzuteilen.

Telegramm des russischen Gesandten in Sofia an den russischen Außenminister vom 9./22. April 1914. — Nr. 69.

Verschiedenen Nachrichten zufolge verhandelt man in Berlin über eine bulgarische Anleihe von ungefähr 250 Millionen Franken. Die deutsche Regierung hat bis jetzt angeblich infolge rumänischer Einwendungen ihre Einwilligung nicht gegeben. Jetzt ist es augenscheinlich gelungen, Rumänien zur Aufgabe seiner ablehnenden Haltung zu bewegen, und man nimmt in Sofia an, daß die Anleihe unter der Bedingung abgeschlossen werden wird, daß keine Ausgaben für militärische Rüstungen gemacht werden. Für das Kabinett Radoslawow ist es eine Lebensfrage, eine solche Anleihe im Laufe des nächsten Monats zu erhalten, und es wird daher auf alle Bedingungen eingehen.

Telegramm des russischen Gesandten in Sofia an den russischen Außenminister vom 13./26. April 1914. — Nr. 72.

Es erscheint immer wahrscheinlicher, daß die Anleihe zustande kommen wird. Zusammen mit dem hiesigen französischen Gesandten bemühe ich mich, dem Könige und der hiesigen öffentlichen Meinung zu beweisen, daß die Finanzpolitik der jetzigen bulgarischen Regierung in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht für das Land verhängnisvoll ist. Meinen Nachrichten zufolge steht anzunehmen, daß englisches und belgisches Geld zur Anleihe verwandt werden wird. Halten Sie es nicht für möglich, dies zu verhindern? Der französische Gesandte behauptet, seine Regierung tue alles mögliche, um das französische Kapital nicht nach Bulgarien zuzulassen. Der hiesige Finanzminister hat dem französischen Gesandten gegenüber offen zugegeben, daß diese Anleihe unbedingt notwendig sei, um die Stellung des jetzigen Kabinetts zu befestigen. Um letzteres zu vermeiden, müssen wir die größten Anstrengungen machen und die Pläne von Radoslawow und Toutschew hintertreiben.

Telegramm des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister vom 16./29. April 1914. — Nr. 106.

Doumergue hat mir soeben bestätigt, daß er den französischen Banken die kategorische Weisung erteilt hat, Bulgarien keine Mittel in der Form einer bulgarischen Anleihe in Deutschland zur Verfügung zu stellen. Den Informationen der französischen Regierung aus Berlin zufolge sind die Verhandlungen in Berlin ergebnislos verlaufen, was Doumergue der Weigerung der französischen Banken zuschreibt.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 23. April/6. Mai 1914.

Ich halte es für äußerst wichtig, die Absicht Bulgariens, eine Anleihe in Deutschland aufzunehmen, zu vereiteln, und bitte die englische Regierung, ihrem Vertreter in Sofia vorzuschreiben, unsern Gesandten bei der Erfüllung des Auftrages zu unterstützen, Bulgarien von einer unvorteilhaften finanziellen Operation zurückzuhalten, welche zur vollen wirtschaftlichen

Unterwerfung Bulgariens unter Deutschland führen müßte. Der französische Gesandte in Sofia hat bereits mit Erfolg Schritte in dieser Hinsicht unternommen.

Telegramm des russischen Gesandten in Sofia an den russischen Außenminister vom 30. April/13. Mai 1914. — Nr. 84.

Dringend. Nach den in Paris und London unternommenen Schritten haben wir alle Mittel, das Zustandekommen der Anleihe zu verhindern, erschöpft. Aber die Notwendigkeit einer Anleihe macht sich hier immer mehr fühlbar. Infolge dieser Erwägung und um der Erstarkung des hiesigen österreichisch-deutschen Einflusses vorzubeugen, entschieße ich mich, Ihnen ein letztes Mittel vorzuschlagen, nachdem ich mich heute ausführlich mit meinem französischen Kollegen und den Vertretern der französischen Banken ausgesprochen habe: Wir könnten zur Kenntnis des Königs bringen, daß Rußland, welches zwar der jetzigen Regierung nicht traut, aber nach wie vor um Bulgarien und seine politische und finanzielle Unabhängigkeit besorgt ist, ihm jetzt folgenden Vorschlag macht: Frankreich wird veranlaßt werden, den für das Land notwendigen Vorschuß, ungefähr 100 Millionen, dem Könige persönlich vorzustrecken, ohne die schweren Bedingungen zu stellen, über die jetzt in Berlin beraten wird. Gleichzeitig muß man erklären, daß bis zum Abschlusse einer Anleihe Frankreich auf die Bezahlung der 75 Millionen Schatzscheine und Rußland auf 45 Millionen Schatzscheine für militärische Lieferungen verzichtet. Der Vertreter der französischen finanziellen Interessen in Sofia ist überzeugt, daß eine derartige Operation der Realisation der Anleihe gleichkommt und es den Berliner Banken unmöglich machen wird, die Anleihe zu erhalten. Abgesehen davon, daß wir Bulgarien dem österreichischen Einflusse in Zukunft entziehen, wird auf diese Weise auch der hiesige Einfluß Österreichs und Deutschlands geschwächt, und früher oder später wird auch der Sturz des jetzigen Kabinettes eintreten, während eine unmittelbare Entfernung der uns mißliebigen Minister große Schwierigkeiten nach sich ziehen würde. Hiervon habe ich mir völlig Rechenschaft gegeben, als ich gestern durch die Vermittlung von Dobrovitch dem König riet, das Ministerium zu wechseln, und

ich habe deshalb die Möglichkeit eines Kompromisses und die Bildung eines Koalitionsministeriums angedeutet. Ich darf annehmen, daß die französische Regierung wie früher, so auch diesmal auf unsere Wünsche eingehen wird, wobei man natürlich im Auge behalten muß, daß Paris viel günstigere Bedingungen als Berlin für eine eventuelle Anleihe stellen muß, wovon übrigens der hiesige Vertreter der französischen Banken überzeugt ist. Es ist dies ein sehr erfahrener Mensch, der jederzeit alle Einzelheiten nach Paris übermitteln kann. Wenn dieser, ich gebe allerdings zu, nicht ganz gewöhnliche Plan Ihre Billigung findet, so müssen wir uns ohne Verzug mit Paris verständigen, da der Finanzminister die Anleihe jeden Tag unterzeichnen kann und dann die ganze Frage wegen der deutschen Regierung verwickelter werden würde. Ich habe mir diesen Schritt lange überlegt, bin aber zur Einsicht gekommen, daß uns kein anderer Ausweg bleibt, wenn wir die Interessen sowohl Bulgariens als auch Rußlands wahren wollen.

Telegramm des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister vom 5./18. Mai 1914. — Nr. 122.

Die französische Regierung ist der Ansicht, daß es im Interesse sowohl Rußlands als auch Frankreichs liegt, nicht zuzulassen, daß Bulgarien sich dem finanziellen und folglich auch politischen Einflusse Deutschlands und Österreichs unterwirft; deshalb ist sie bereit, dem von unserem Gesandten in Sofia vorgeschlagenen Plane zuzustimmen. Man nimmt an, daß ein Kompromiß durch die Bildung eines Koalitionskabinetts Malinow-Gennadiew gefunden werden könne. Die unverzügliche Gewährung eines Vorschusses schließt die Möglichkeit einer Anleihe an einem anderen Orte aus; die Gewährung einer Anleihe kann dann von der Änderung des politischen Kurses abhängig gemacht werden. Wenn Rußland hiermit einverstanden ist und sein Veto zurückzieht, glaubt die französische Regierung die französischen Banken bewegen zu können, Bulgarien einen Vorschuß von 80 oder 90 Millionen Franken zu gewähren und auf der Bezahlung der 75 Millionen Schatzscheine nicht weiter zu bestehen. Die Anleihe kann dann gegen Ende des Jahres erfolgen.

Telegramm des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister vom 10./23. Mai 1914. — Nr. 125.

Margerie hat mir soeben gesagt, daß die Kreditinstitute, die bis jetzt die bulgarischen Anleihen übernommen haben, nämlich Banque de Paris et des Pays Bas, Crédit Lyonnais, Société Générale, Comptoir National d'Escompte und andere, sich hartnäckig weigern, Bulgarien einen Vorschuß zu gewähren, indem sie sich auf den unbefriedigenden Zustand des Geldmarktes berufen. Margerie hat die Absicht, sich noch heute an andere Finanzgruppen zu wenden, die zu Creuzot und der Regie Générale Beziehungen haben und die an bulgarischen Lieferungen und Eisenbahnbauten interessiert sind; er hofft, mir morgen eine Antwort geben zu können.

Telegramm des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister vom 12./25. Mai 1914. — Nr. 126.

Die Verhandlungen des französischen Außenministeriums mit den Banken stoßen immer noch auf Hindernisse. Margerie sagte mir, daß eine gewisse Beteiligung der russischen Banken an dem Bulgarien zu gewährenden Vorschüsse die Verhandlungen erleichtern könnte. Ich bitte um dringende Instruktionen.

Telegramm des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister vom 17./30. Mai 1914. — Nr. 134.

Die Verhandlungen mit den Banken sind immer noch nicht beendet. Margerie hofft auf einen günstigen Ausgang, wird aber die Antwort kaum vor Dienstag erhalten, da Montag ein Pfingstfeiertag ist. Was den Text der dem Könige zu machenden Mitteilung anbelangt, so ist die französische Regierung der Ansicht, daß diese Mitteilung einen durchaus freundschaftlichen Charakter haben muß und die traditionellen Gefühle Rußlands zu Bulgarien zum Ausdruck bringen soll. Deshalb glaubt man hier, es wäre unzweckmäßig, jetzt schon, nämlich ehe die deutsche Anleihe endgültig ausgeschlossen ist, vom Könige eine bestimmte Verpflichtung zu verlangen, das Ministerium Radoslawow durch ein anderes zu ersetzen. Die französische Regierung schlägt folgenden Text vor, welchen unser

Gesandter dem Könige mitteilen könnte: „Eure Majestät wissen, daß die bulgarische Regierung auf Grund privater Informationen es nicht für nötig gehalten hat, sich an die französische Regierung zu wenden, um den Pariser Geldmarkt zur Befriedigung der finanziellen Bedürfnisse Bulgariens zu benutzen. Die bulgarische Regierung hat sich an deutsche Banken gewandt, und man ist im Begriffe, ein Übereinkommen unter für Bulgarien besonders schweren Bedingungen abzuschließen. Ein derartiges Übereinkommen droht die ökonomische und bis zu einem gewissen Grade auch die politische Unabhängigkeit des Landes für eine ziemlich lange Zeit in Frage zu stellen. Die Regierungen Rußlands und Frankreichs, vom Wunsche befeelt, Bulgarien den Beweis ihrer uneigennütigen Freundschaft zu geben, haben sich an Pariser und Petersburger Banken gewandt, um sich zu vergewissern, ob es nicht möglich sei, der bulgarischen Regierung diejenigen Mittel zur Verfügung zu stellen, deren sie augenblicklich bedarf, bis günstigere Umstände es nach Ablauf einiger Monate erlauben werden, eine definitive Anleihe abzuschließen. Die französischen und russischen Banken sind diesem Ansuchen entgegengekommen und sind bereit, unverzüglich ungefähr 60 Millionen Franken vorzustrecken. Außerdem sind sie damit einverstanden, daß die Einlösung der Schatzscheine bis zum Abschlusse der Anleihe aufgeschoben wird. Ich bin beauftragt, Euerer Majestät diese Mitteilung zu machen, die die Teilnahme Rußlands und Frankreichs für Bulgarien beweist. Meine Regierung hofft, daß Euerer Majestät die Bedeutung dieses Schrittes richtig einschätzen wird.“

Telegramm des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister vom 17./30. Mai 1914. — Nr. 135.

Fortsetzung meines Telegrammes Nr. 134. Die französische Regierung ist überzeugt, daß eine derartige Mitteilung die von Rußland und Frankreich beabsichtigte Wirkung haben und dem König die Möglichkeit geben würde, einen Wechsel des Ministeriums vorzubereiten. Solange wir uns auf einen Vorstoß beschränken und die Anleihe nicht abgeschlossen ist, werden Rußland und Frankreich die Möglichkeit haben, in wirksamer Weise auf die Richtung der bulgarischen Politik einzuwirken;

was das definitive Verlangen anbelangt, der König solle sich verpflichten, ein anderes Kabinett zu ernennen, so können wir dieses später vorbringen, nachdem Bulgarien, nach Empfang eines bedeutenden Vorschusses, nicht mehr die Möglichkeit haben wird, sich in finanzieller Beziehung freizumachen, und nur in dem Falle, wenn der König bis Ende des Jahres, d. h. bis zum Abschlusse der Anleihe, keine günstige Gelegenheit gefunden haben wird, die Regierung andern Ministern zu übergeben. Margerie fügt hinzu, daß ein schrofferes Vorgehen im jetzigen Augenblicke den König beleidigen und das entgegengesetzte Resultat hervorrufen könne.

Telegramm des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister vom 24. Mai/6. Juni 1914. — Nr. 143.

Die Verhandlungen mit den Banken sind immer noch nicht beendet, doch hofft Margerie, morgen eine endgültige und zwar günstige Antwort zu erhalten. Hier ist man auch der Ansicht, daß es nicht gelingen wird, die Unterzeichnung der Anleihe in Berlin zu verhindern, daß es einstweilen zwecklos sein würde, dem Könige den genannten Vorschlag zu machen, und daß alle unsere Anstrengungen darauf gerichtet sein müssen, zu verhindern, daß das Parlament die Anleihe annimmt. Margerie ist mit der Meinung unseres Gesandten in Sofia einverstanden, daß die Nachricht, Frankreich habe sich geweigert, Bulgarien Geld zu leihen, kategorisch dementiert werden müsse.

Telegramm des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister vom 6./19. Juni 1914. — Nr. 163.

Eine Finanzgruppe, an deren Spitze die Bank Périer steht, hat die Absicht, Bulgarien nicht einen Vorschuß, sondern eine sofortige Anleihe von 200 Millionen Franken zu gewähren. Sie rechnet hierbei auf die Teilnahme der russischen Banken, und zwar würde diese darin bestehen, daß unsere Banken ihre bulgarischen Schatzscheine gegen Obligationen der neuen Anleihe eintauschen, so daß sie keine neuen Auslagen haben werden. Ich bitte Sie, mich zu benachrichtigen, ob ein derartiger Plan von der russischen Regierung gebilligt wird.

Telegramm des russischen Gesandten in Sofia an den russischen Außenminister vom 16./29. Juni 1914. — Nr. 121.

Die Katastrophe in Serajewo hat natürlich nicht bloß auf der Wiener und Berliner, sondern auch auf der Pariser Börse einen großen Eindruck gemacht. Infolgedessen hat mir Bauer, der hiesige Vertreter der Bank Périer, gesagt, daß er an die Pariser und belgischen Banken, die sich an der Anleihe beteiligen, telegraphieren müsse. Infolgedessen sind die Einzelheiten, die ich Ihnen heute mitteilen kann, nicht endgültig.

Telegramm des russischen Gesandten in Sofia an den russischen Außenminister vom 17./30. Juni 1914. — Nr. 122.

Bauer hat heute Radoslawow gesehen, und obgleich er infolge der letzten Ereignisse keine bestimmten Vorschläge hat machen können, ist er mit der Unterredung zufrieden. Radoslawow hat ihm zu verstehen gegeben, daß nach der Ermordung des Erzherzogs wenig Aussicht vorhanden sei, die Anleihe in Berlin abzuschließen, und daß die bulgarische Regierung sich an Périer wenden wird, daß dies aber erst nach einiger Zeit wird erfolgen können. Bauer fährt morgen nach Konstantinopel und von da nach Paris. Er ist bereit, hierher zurückzukehren, sobald dies nötig sein sollte. Er hat mir aufs entschiedenste wiederholt, daß ohne die Beteiligung der russischen Staatsbank sein Plan keinen Erfolg haben kann, und obwohl er im Einvernehmen mit der französischen Regierung handelt, würde er zu seinem großen Leidwesen in einem solchen Falle lieber auf die ganze Operation verzichten. Abgesehen von allen anderen nicht wünschenswerten Folgen wird man dann die Berechtigung haben, uns den Vorwurf zu machen, daß es uns nur daran liegt, die Verhandlungen in Berlin zum Scheitern zu bringen, daß wir selbst aber keine Anleihe gewähren wollen. In Anbetracht dieser Erwägung ist es durchaus notwendig, uns der moralischen Beteiligung der russischen Staatsbank zu versichern; Périer erblickt hierin eine Beruhigung für das französische Publikum insofern, als es Ausichten auf die Erhaltung des Friedens erwecken würde; unsere materielle Beteiligung braucht nur eine minimale zu sein.